

**E-MAIL****Österreichische  
Apothekerkammer**

ÖAK · Spitalgasse 31 · A-1091 Wien · Postfach 87 · DVR: 24635

An das  
Bundeskanzleramt Österreich  
Abteilung III/I

[iii1@bka.gv.at](mailto:iii1@bka.gv.at)  
[andrea.rumplmayr@bka.gv.at](mailto:andrea.rumplmayr@bka.gv.at)

Wien,  
18. April 2008  
Zl. III-14/2/2-404/4/08  
S/Ko  
Sachbearbeiter:  
Dr. H. Steindl  
DW 105

Betrifft:

**Bundesgesetz, mit dem das Bundes-Gleichbehandlungsgesetz geän-  
dert wird; Begutachtung**

Bezug:

Ihr Schreiben vom 8.4.2008, GZ. BKA-920.635/0004-III/I/2008



Spitalgasse 31  
A-1091 Wien  
Postfach 87  
DVR: 24635

Sehr geehrte Damen und Herren!

Telefon:  
+43-1-40 414-100  
Telefax:  
+43-1-408 84 40

Die Österreichische Apothekerkammer dankt für die Übermittlung des Ge-  
setzesentwurfes und nimmt dazu wie folgt Stellung:

E-Mail:  
[info@apotheker.or.at](mailto:info@apotheker.or.at)  
Homepage:  
[www.apotheker.or.at](http://www.apotheker.or.at)

Die **Abteilung der angestellten Apotheker** erhebt gegen den Gesetzes-  
entwurf keine Einwendungen.

Die **Abteilung der selbständigen Apotheker** hat Bedenken hinsichtlich  
§ 18c Abs. 2. Nach dieser Bestimmung soll ein befristetes Dienstverhältnis  
zwangsweise in ein unbefristetes umgewandelt werden können, wenn es auf  
Verlängerung angelegt war und ein Diskriminierungsmotiv – beispielsweise  
eine Schwangerschaft – im Raum steht.

Dem Grundgedanken, diskriminierungsmotivierte Nichtverlängerungen zu verhindern, wird beigetreten, nicht jedoch der damit verbundenen Beweislastverteilung. Vor allem bei Probedienstverhältnissen erscheint es nicht erforderlich, dass den Dienstgeber die Beweislast trifft, dass andere als Diskriminierungsgründe den Ausschlag für die Nichtverlängerung geben.

Gerade bei einem Probedienstverhältnis sollte dessen Beendigung von keiner Seite eines besonderen Begründungsaufwandes bedürfen. Vielmehr wäre in diesem Verfahren das Vorliegen einer Diskriminierung nicht einfach nur zu behaupten, sondern auch nach der üblichen Beweislastverteilung eines Zivilprozesses darzutun.

Diese Stellungnahme wird unter einem im Wege der elektronischen Post dem Präsidium des Nationalrates ([begutachtungsverfahren@parlinkom.gv.at](mailto:begutachtungsverfahren@parlinkom.gv.at)) übermittelt.

Mit freundlichen Grüßen  
F.d.Präsidenten:

(Dr.iur. Hans Steindl)  
Stv. Kammeramtsdirektor